



ROTER BRIEF

NOVEMBER 2019

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir gehen in großen Schritten Richtung Jahresende. Im Landtag bedeutet dies auch besonders viel Arbeit, da der Haushalt für das kommende Jahr verabschiedet wird. Dies wird im letzten Plenum des Jahres im Dezember stattfinden. Oldenburg ist dabei gut aufgestellt. Darüber werden wir auch hier berichten.

Die Partei hat im November ihr 150-jähriges Bestehen gefeiert. Mit einem Oberbürgermeister, zwei direkt gewählten Landtagsabgeordneten und einem direkt gewählten Bundestagsabgeordneten sind wir Sozialdemokraten in Oldenburg aktuell sehr gut vertreten. Bei einem Festakt in der Alten Fleiwa am Gründungstag der SPD Oldenburg, dem 15. November, hat Franz Müntefering eindrucksvoll in seiner Rede dargestellt, dass sich die SPD nicht verstecken muss, sondern die soziale Kraft des Landes ist.

Politik braucht einen regen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Dennis Rohde haben wir ein neues Diskussionsformat entwickelt. Bei „75 Minuten Klartext“ können Bürgerinnen und Bürger ihre Fragen und Anregungen vortragen, worauf wir dann in einer vorgegebenen Zeit antworten müssen. Das Format

wurde bei der ersten Veranstaltung in diesem Monat gut besucht. Auch Sie sind herzlich eingeladen bei einer der kommenden Veranstaltungen vorbeizukommen. Lassen Sie uns in den Dialog treten.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Vorweihnachtszeit.

Hanna Naber

Ulf Prange

INHALT

Aus dem Plenum.....	2
Abgeordnete beim Vorlesetag.....	8
75 Minuten Klartext.....	11



AUS DEM LANDTAG

Plenarwoche im November

Mit unserer **Aktuellen Stunde** zum Thema „Keine Zeit verlieren - unbegleitete minderjährige Flüchtlinge schützen: Schnelle Hilfe für die betroffenen Kinder in Griechenland noch vor dem Winter!“ haben wir ein klares Bekennen zur Humanitären Unterbringung von geflüchteten Menschen gesetzt. Unter den rund 14.000 Geflüchteten auf Lesbos sind auch hunderte unbegleitete minderjährige Schutzsuchende. Sie überleben auf den griechischen Inseln im ständigen humanitären Ausnahmezustand. Im Zuge des nahenden Winters ist der Vorschlag einer „Koalition der Hilfsbereiten“ aus Europa und Deutschland eine gute Möglichkeit, Sonderkontingente zu schaffen, mit deren Hilfe es machbar ist schnellstmöglich Kinder und Jugendliche aufzunehmen. So können wir diesen Kindern und Jugendlichen in verschiedenen europäischen Ländern ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.

Zu den Gesetzen der Landesregierung

TOP 5 b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes und der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung

Das Niedersächsische Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG) in der seit dem 1. Januar 2017 geltenden Fassung soll einen fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gewährleisten sowie die umwelt- und sozialverträgliche Beschaffung durch die öffentliche Hand fördern. Die hier vorliegende Gesetzesänderung ist eine Anpassung an geändertes Bundesrecht, eine Harmonisierung der Landesvergabevorschriften für Zuwendungsempfänger (z.B. Sportvereine und Privatpersonen) mit den zuwendungsrechtlichen

Bestimmungen sowie eine Entlastung der Kommunen durch die Anhebung des Eingangsschwellenwertes. Das Gesetz gilt nun für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen über Liefer-, Bau- oder Dienstleistungen und für Rahmenvereinbarungen ab einem geschätzten Auftragswert von 25 000 Euro.

Zu den Gesetzen und Anträgen der SPD-Fraktion:

TOP 6 Einhaltung von Tariftreue- und Vergaberichtlinien - Kontrollen intensivieren

Flankierend zur Gesetzesänderung des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetz und der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung begrüßt der Landtag das Bestreben des Bundes, durch die Bekämpfung von Schwarzarbeit und die Kontrolle des Mindestlohns für Gerechtigkeit und Ordnung am Arbeitsmarkt zu sorgen. Des Weiteren hält der Landtag jedoch auch die vertragliche Kontrolle bei der Ausführung öffentlicher Aufträge für geboten. Aufgrund dessen fordert der Landtag die Landesregierung auf, die organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen zur Durchführung von Kontrollen durch die Vergabestellen des Landes mit dem Ziel zu überprüfen, den hohen Kontrollerfordernissen stärker gerecht zu werden sowie sich mit der Bitte an den Bund zu wenden, die Kontrolle von Mindestentgelten insbesondere auf niedersächsischen Baustellen weiter zu intensivieren.



AUS DEM LANDTAG

Fortsetzung von Seite 2:

TOP 13 a) Wegwerfprodukte aus Plastik reduzieren - Land und Meer schützen

Die Konsequenzen eines unachtsamen Umgangs mit Einwegkunststoffen sind sowohl an Land als auch in den Ozeanen deutlich zu erkennen. Laut der Europäischen Kommission bestehen mehr als 80 % der Abfälle in den Meeren aus Plastik. Infolge des langsamen Zersetzungsprozesses und der damit einhergehenden Fragmentierung des Plastikmülls steigt der Anteil in den Meeren weiterhin stark an und belastet die weltweiten Küstenregionen. Wirksame Maßnahmen könnten in erster Linie die Umsetzung der EU-Vorschriften sein, die sich mit den zehn am häufigsten an europäischen Stränden gefundenen Einwegkunststoffprodukten befassen sowie mit verloren gegangenen Fischfanggeräten. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich diesbezüglich auf europäischer Ebene einzusetzen und auch hier vor Ort die Nutzung von Plastikprodukten in Landesbehörden und in der Landesverwaltung konsequent zu reduzieren.

TOP 15 Versorgung von Demenzkranken verbessern - Careteams im Krankenhaus einsetzen

Demenz ist ein Teil des Alterns und deshalb ist es von hoher Bedeutung, dass Menschen mit Demenz ihren Platz in unserer Gesellschaft haben. Neben dem ambulanten Versorgungsbereich betrifft dieses auch den stationären Krankenhausesektor. Die meisten Krankenhäuser sind bisher nicht auf Demenzkranke eingestellt. Dies darf nach unserer Auffassung nicht so bleiben. Wir fordern unter anderem den Aufbau von mobilen Careteams für die Unterstützung und Sensibilisierung in den Krankenhäusern vor Ort. Diese Teams sollen z. B. mit Beratung von Pflegefachkräften, als Orientierungshilfe für Erkrankte oder auch bei baulichen Fragen begleitend zur Seite stehen. Bei Um- und Neubauten sollen die besonderen Bedarfe von Demenzerkrankten mit

in die berufliche Prüfung des Landes einbezogen und dabei insbesondere die Themen Orientierungshilfen, Beschäftigungsangebote und Raumgestaltung berücksichtigt werden. Ebenfalls sollen Schulungs- und Weiterbildungsangebote für Fachkräfte und Angehörige gemeinsam mit den zuständigen Kammern angeregt und dabei die Alzheimergesellschaft eingebunden werden.

TOP 18 Fake-Shops bekämpfen und nationales IT-Gütesiegel etablieren - digitale Sicherheitslücken schließen

In den vergangenen Jahren sind sogenannte Fake-Shops, gefälschte Internetseiten angeblicher Versandhändler, professioneller und authentischer geworden. Verbraucher beschwerten sich zunehmend, dass diese Fake-Shops bei flüchtiger Betrachtung nur schwer erkennbar sind und die Identifizierung gefälschter Seiten zum Teil mit einem hohen Arbeits- und Zeitaufwand verbunden ist. Teilweise sind sie exakte Kopien real existierender Websites. Sie wirken auf den ersten Blick seriös und lassen daher beim Käufer selten Zweifel an ihrer Authentizität aufkommen. Auf ein Gütesiegel wie z. B. „Trusted Shops“ kann die Verbraucherin oder der Verbraucher ebenfalls nicht vertrauen, da Fake-Shops die entsprechenden Logos widerrechtlich kopieren und diese auf der gefälschten Seite platzieren können.

Die Landesregierung soll sich im Bund dafür einsetzen, dass Bildungsangebote für digitale Aufklärung ausgebaut und erweitert werden. Es soll eine zentrale Ansprechstelle etabliert werden, an die sich Geschädigte sowie auch der Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv) wenden können, um gezielt gegen die Fake-Shops vorzugehen. Des Weiteren sollen die bereits existierenden Gütesiegel durch ein Verfahren ergänzt werden, mit welchem eine Verbraucherin oder ein Verbraucher leicht die Rechtmäßigkeit des Siegels prüfen kann.



AUS DEM LANDTAG

Fortsetzung von Seite 3:

TOP 25 Baukindergeld auch für den Erwerb von Genossenschaftsanteilen öffnen

Mit dem Baukindergeld fördert der Bund Familien mit Kindern beim Bau und Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum. Damit sollen Familien beim Erwerb von bezahlbarem Wohnraum unterstützt werden. Bislang ist es jedoch für Familien nicht möglich, die Förderung durch das Baukindergeld mit der Beteiligung an genossenschaftlichen Wohnprojekten zu verbinden, da der Erwerb von Genossenschaftsanteilen nicht durch das Baukindergeld gefördert wird.

Der Landtag begrüßt und unterstützt die auf Bundesebene beschlossene Öffnung des Baukindergeldes für den Erwerb von Genossenschaftsanteilen. Der Landtag bittet die Landesregierung, nun bei der Bundesregierung auf eine schnelle Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages hinzuwirken.



TOP 27 Netzbau-Offensiver für ländliche Räume starten und Mobilfunkförderung vorantreiben, damit alle Niedersachsen in gleicher Weise von der Digitalisierung profitieren können

Zwischen den Regionen und Kommunen in Niedersachsen bestehen viele Unterschiede. Während es Gebiete gibt, die sich im Umfeld großer Städte oder Industriezentren sehr positiv entwickeln, bedürfen entlegene, strukturschwache und durch den demografischen Wandel benachteiligte Regionen stärkerer politischer Unterstützung. Als Garant für die Zukunfts- und Wirtschaftsfähigkeit ländlicher Räume dient der Ausbau einer flächendeckenden Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur. Für die ländlichen Regionen und gerade in dünn besiedelten Gebieten muss der Ausbau mit breitbandiger Infrastruktur weiter zügig vorangetrieben werden. Hierbei sind Kooperationen beim Netzausbau von zentraler Bedeutung. Der Landtag bittet aufgrund dessen die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung und der europäischen Union dafür einzusetzen, dass die Einhaltung der Versorgungsaufgaben der Frequenzversteigerung 2019 entsprechend den festgeschriebenen Zwischenschritten sichergestellt und der Nichteinhalt hart sanktioniert wird, jeder Diskriminierung von Marktteilnehmern durch finanzielle Sanktionen begegnet werden kann. Des Weiteren soll unter Beteiligung der Bundesnetzagentur bis Ende des Jahres 2019 ein Gesamtkonzept zum Mobilfunknetzausbau erarbeitet und dabei ein Entwicklungspfad deutlich gemacht werden, wie der Netzausbau gerade für die ländlichen Regionen weiter ausgestaltet und ein wirksames und dauerhaftes Monitoring realisiert werden kann.



AUS DEM LANDTAG

Fortsetzung von Seite 4:

TOP 31 a) Bildung in der digitalisierten Welt

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft verändert alle Lebensbereiche. Digitale Systeme und Werkzeuge durchdringen die Gesellschaft. Die Arbeitswelt verändert sich im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung. Viele nutzen selbstverständlich digitale Angebote, häufig ohne die dahinterstehenden Algorithmen und Geschäftsmodelle zu verstehen.

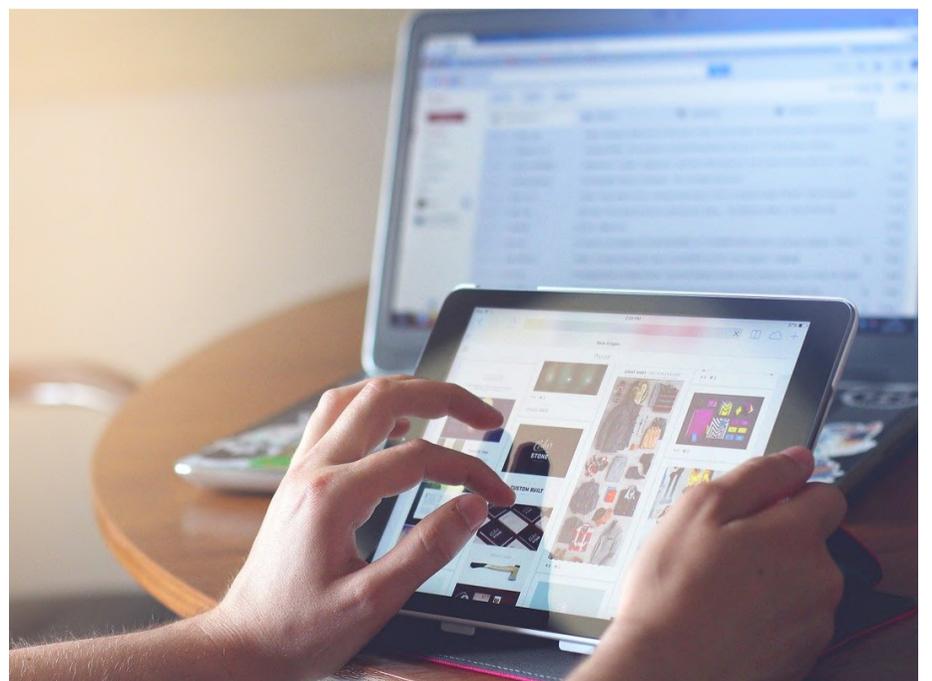
Der Erwerb grundlegender digitaler Kompetenzen muss daher im Bildungsauftrag der Schule eine zentrale Rolle spielen. In Zusammenarbeit mit der Landesregierung möchten wir als Schwerpunkte in unserer Strategie eine Definition einer langfristigen Vision von Bildung in der digitalisierten Welt setzen. Dies wäre die Fortschreibung einer einheitlichen Strategie zur Umsetzung dieser Vision u.a. im Rahmen von Bildung 2040 sowie die kurzfristige Vorbereitung unserer Schulen auf die (digitale) Zukunft, sodass sich die Qualität der Bildung besser an die raschen Veränderungen anpassen kann. Des Weiteren fordern wir die Landesregierung auf, die Lehrkräfteaus-, -fort und -weiterbildung so anzupassen, dass die aktuellen und zukünftigen Entwicklungen in der digitalisierten Welt fester Bestandteil der Lehrkräftebildung sind sowie sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, den länderübergreifenden Austausch zur erfolgreichen Umsetzung des „DigitalPakts Schule“ und der Arbeit mit digitalen Medien in der Schule zu intensivieren.

TOP 32 „Häuser des Jugendrechts“ sind schon jetzt ein Erfolgsmodell!

Die Errichtung von „Häusern des Jugendrechts“ ist ein wichtiges justizpolitisches Vorhaben. An den

Projektstandorten sollen gleichberechtigte Kooperationsgemeinschaften von Staatsanwaltschaften, Polizei, Jugendgerichtshilfen, Jugendämtern und Amtsgerichten entstehen.

Der Landtag begrüßt die Umsetzung des Modellprojekts „Haus des Jugendrechts“. Bereits jetzt sind Kooperationsverträge in dieser Sache geschlossen worden für die Standorte Göttingen, Salzgitter und Osnabrück. Des Weiteren soll die Landesregierung die Einrichtung von „Häusern des Jugendrechtes“ fortsetzen, eine Matrix für die fachliche Bewertung der Arbeit der „Häuser des Jugendrechtes“ im laufenden Betrieb erarbeiten sowie mit der fachlichen Beurteilung der Arbeit der „Häuser des Jugendrechtes“ ein Jahr nach der Arbeitsaufnahme aller Modellprojekte beginnen.





AUS DEM PLENUM

REDE VON HANNA NABER ZUM FACHTAG DER THEATERPÄDAGOGIK

Auszug (Es gilt das gesprochene Wort):

Im Landtag bringen wir nun bald den neuen Haushalt auf den Weg. Wir fordern die Landesregierung als SPD-Fraktion dazu auf, auf eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen hinzuwirken. Immer im Hinterkopf behaltend, dass die Tarifparteien für die Aushandlung der Löhne und Gehälter zuständig sind, muss aber natürlich dort etwas getan werden, wo das Land etwas tun kann. Künstlerisch tätige Menschen arbeiten – das wissen Sie am besten – wie im Schichtdienst zu Sonderzeiten, für unterdurchschnittlich wenig Geld und mit sehr hohem Leistungsdruck. Was passiert, wenn Theater kein Geld haben, die ihnen auferlegten Aufgaben zu erfüllen? Sie müssen Geld einsparen. Und so zynisch das klingt: Das geht am leichtesten, wenn Sie Personal einstellen und dann weniger zahlen. Die Theater wollen das nicht, können sich aber sonst oft schwerlich über Wasser halten. Für die kommunalen Theater haben wir im Land jetzt erreicht, dass Tarifsteigerungen bei einer Verstetigung von mehr Mitteln als vorher bedacht werden. Wir wollen auch mehr Mittel für die Landeseinrichtungen und für die Kultur grundsätzlich. Gleichzeitig wollen wir eine Ausweitung der Spielstätten- und Konzeptionsförderung für die freien und Amateurtheater sowie ebenso die Theaterpädagogik: Noch breitere Gesellschaftsschichten sollen durch die vielfältige Bildungs- und Kulturarbeit angesprochen werden. Der Standortfaktor der Kultur muss gestärkt werden und dafür streite ich unentwegt.

Wir wollen, dass mehr Menschen die Möglichkeit haben, in einen Tarifvertrag hineinzukommen. Wir wollen, dass Menschen, die in der Theaterpädagogik tätig sind, ihre

Arbeit mit Familie und Familienplanung vereinbaren können und dass es auch für Alleinerziehende möglich ist, ohne Einschränkungen zu arbeiten.

Es gilt nämlich: Dort, wo die Theater, Orchester, Jugendzentren, kirchliche Begegnungsstätten, Musikschulen und andere Orte der Zusammenkunft stumm bleiben, gewinnen nur die Rattenfänger. Sicher ist nämlich: Politisch gibt es Gruppierungen und Strömungen, die Sie und Ihre Arbeit als Gefahr empfinden. Unser Weltbild einer empathischen und solidarischen Gesellschaft lehnen sie ab. Die AfD verfolgt eine Strategie der Instrumentalisierung von Kunst und Kultur. Dieses Ansinnen der völkischen Beeinflussung von Kunst und Kultur erinnert an den Nationalsozialismus. Es war die Ideologie des Nationalsozialismus, die sich nach der Machtergreifung gegen die Moderne wandte, gegen alles, was als scheinbar „entartet“, „undeutsch“ und „dekadent“ erschien. Jüdische Künstlerinnen und Künstler wurden nicht nur aus diesen Gründen, sondern vor allem aus antisemitischen und rassistischen Kriterien mit Berufsverboten belegt, verfolgt und ermordet. Wir aber sagen: Alle sollen sich angesprochen fühlen und alle dürfen mitarbeiten an der Transformation hin zu einer bunten und toleranten Gesellschaft. Und dieser Weg ist der einzige, den wir bereit sind, mitzugehen. Ihre Arbeit ist der Kleber der Gesellschaft, der alles zusammenhält. Sie schaffen die Voraussetzungen, den zivilgesellschaftlichen Dialog mitzuprägen und zu bereichern. Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit, die mir sehr am Herzen liegt.



REDE VON ULF PRANGE ZUR NEUFASSUNG DER VERFASSUNG

Auszug (Es gilt das gesprochene Wort):

Bezogen auf die letzte Legislaturperiode erleben wir derzeit ein rechtspolitisches Déjà-vu. Im letzten Plenum ein Antrag zur Aufnahme der sexuellen Identität von der FDP und heute ein Antrag zur Änderung des Rassebegriffs von den Grünen. Beide Punkte hatten wir bereits in der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit den Grünen in den Landtag eingebracht. Eine verfassungsändernde Mehrheit zeichnete sich nicht ab. Der Antrag ist dann letztlich der sachlichen Diskontinuität anheimgefallen. Für die SPD-Fraktion kann ich sagen, dass wir beide Verfassungsänderungen weiterhin unterstützen und uns sehr darüber freuen würden, wenn eine verfassungsändernde Mehrheit für beide Vorschläge zustande kommt.

Der Begriff „Rasse“ ist antiquiert und aus heutiger Sicht hoch problematisch. Denn schon lange steht unzweifelhaft fest, dass es keine verschiedenen menschlichen „Rassen“ gibt. Bei diesem Begriff handelt es sich um eine rassistische Konstruktion, die u. a. zur Rechtfertigung von Sklaverei und Kolonialismus genutzt wurde und die insbesondere von den Nationalsozialisten in besonders exzessiver Weise propagiert worden ist. Dass der Begriff „Rasse“ in zahlreichen deutschen Verfassungen und anderen deutschen Gesetzen auch heute noch verwendet wird, ist kritisch. Der Begriff Rasse ist historisch vorbelastet. Seine Verwendung suggeriert, dass es unterschiedliche menschliche Rassen gibt. Der Begriff Rasse darf meines Erachtens aber nicht ersatzlos gestrichen werden, sondern sollte durch rassistisch ersetzt werden.

Das Streichen des Begriffes „Rasse“ ist nicht ausreichend, weil dann eine Schutzlücke entstünde. Die übrigen in Artikel 3 aufgeführten Diskriminierungsverbote decken nicht alle Aspekte rassistischer Benachteiligung ab. Zudem ist es zur Bekämpfung von Rassismus gerade notwendig, dass die Verfassung diesen beim Namen nennt und sich klar davon distanziert.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat in einer Publikation zu 70 Jahre Grundgesetz in diesem Jahr folgende Empfehlung gemacht: „Geprüft werden sollte überdies, ob der Begriff „Rasse“, der derzeit noch in der Verfassung verwendet wird, durch „rassistisch“ ersetzt werden kann, da durch die Verwendung des Begriffs selbst rassistische Vorstellungen fortgeschrieben werden.“ Andere Bundesländer haben diese Änderung bereits vorgenommen. Diesen Vorbildern sollten wir folgen. Wir - als SPD-Fraktion - halten diese Verfassungsänderung für überfällig.

Ausgrenzungen und Übergriffe gegen Menschen anderer Herkunft oder Religion und Anfeindungen und Übergriffe gegen Menschen, die eine klare Haltung zeigen, nehmen zu. Gerade in diesen Zeiten brauchen wir ein klares Bekenntnis für ein friedliches Zusammenleben der Menschen und gegen die Verbreitung von rassistischem und fremdenfeindlichem Gedankengut. An dieser Stelle kommt unserer Verfassung eine wichtige Funktion zu, denn sie bildet unser Wertesystem ab, legt die Grundwerte unseres gemeinsamen Zusammenlebens fest. Auch vor dem Hintergrund unserer Geschichte ist dies ein Bekenntnis, das aus Sicht der SPD-Fraktion dringend notwendig ist.



AUS OLDENBURG

Abgeordnete lesen Kindern Geschichten vor

Der 16. Bundesweite Vorlesetag hat am 15. November aus ganz Deutschland wieder ein Vorleseland gemacht. Auch die Hanna Naber und Ulf Prange waren in Oldenburg unterwegs. Ulf Prange hat in diesem Jahr den Kindern einer 3. Klasse an der Grundschule Bümmerstede vorgelesen und der Klasse das Buch im Anschluss als Geschenk überreicht. Alle Kinder haben begeistert zugehört und viel gelacht.



Hanna Naber war in der AWO-Kinderkrippe (Ostring, Stadtteil Ofenerdiek). Sie hat aus Zeichenbüchern für die ganz Kleinen „Superwurm“ und „Der Löwe in dir“ von Julia Donaldson vorgelesen und den begeisterten Kindern die Bilder gezeigt.

"Der Vorlesetag ist nicht nur für Kinder ganz besonders wichtig und spannend. Auch wir Erwachsenen lernen mithilfe des Lesens immer weiter dazu, können Abenteuer in fremden Welten erleben oder uns in eine andere Zeit versetzen lassen", ist sich Hanna Naber sicher.

Gefahr von rechts! - Die Identitäre Bewegung

Ulf Prange hat während der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) organisierten Podiumsdiskussion als Sprecher für Rechts- und Verfassungsfragen der SPD-Landtagsfraktion die Einführung übernommen. Ferner gab es einen spannenden Vortrag von Andreas Speit, Autor des Buches "Das Netzwerk der Identitären: Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten."

Gemeinsam mit weiteren Teilnehmern haben beide anschließend auch auf dem Podium diskutiert.

Welche Gefahren gehen von der Identitären Bewegung für unsere Demokratie aus? Was sind ihre Ziele? Und: Was können wir gegen diese Gefahr von rechts tun? Diese und weitere Fragen wurden mit den Podiumsteilnehmern diskutiert.





FÜR OLDENBURG

Oldenburg erfolgreich bei Bewerbung um geförderte Digitalisierungsprofessuren

Am 17. November haben die Oldenburger Landtagsabgeordneten Hanna Naber und Ulf Prange (beide SPD) aus dem niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) erfahren, dass die ersten Digitalisierungsprofessuren auf den Weg gebracht wurden. Die Umsetzung kann sofort starten.

Bei der Ausschreibung zur Förderung der Digitalisierungsprofessuren haben sich die Universität Oldenburg und die Jade Hochschule mit ihrem Verbundprojekt „Digitalisierung sicher gestalten“ durchgesetzt. Am Standort Oldenburg können somit bis zu 8 Professuren geschaffen werden, welche vom Land mit einer Summe von knapp 1,4 Millionen Euro jährlich gefördert werden. Daneben werden Universität und Fachhochschule als erfolgreiche Antragsteller zusätzlich temporäre Mittel in Höhe von insgesamt rund 6,6 Millionen Euro für weitere Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Infrastruktur erhalten.

Weiterhin haben sich auch die TU Clausthal und die Ostfalia Hochschule mit ihrem Antrag „Digitale Transformation nachhaltiger Prozesse und Dienste“, die Universität Göttingen und die HAWK Hildesheim/Holzminden/Göttingen mit ihrem Antrag zur „Data Science Region Südniedersachsen“, die Hochschule Osnabrück mit ihrem Antrag „Applied Sciences go digital – Chancen für digitale Regionen (UAS.digital)“ und die Universität Osnabrück mit ihrem Antrag „KI Campus Universität Osnabrück: Realisierung der zweiten Ausbaustufe“ durchgesetzt.

„Die Einrichtung von Digitalisierungsprofessuren ist eine Forderung der SPD-Fraktion, die nun in die Umsetzungsphase geht. Damit stärken wir Niedersachsen als Forschungs- und Wissenschaftsstandort, sichern den Fachkräftestandort Niedersachsen und so auch die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Neben der Stärkung von Wissenschaft, Forschung und Transfer geht es ganz gezielt auch um den Bereich Studium und Lehre. Unsere Universitäten erhalten die Möglichkeit, sich noch stärker mit Zukunftsfeldern zu beschäftigen, um eine gute Vernetzung zwischen Digitalisierung und anderen Fachdisziplinen hinzubekommen.“ beschreiben Hanna Naber und Ulf Prange die Zielrichtung der Initiative.

„Dass Oldenburg in der ersten Runde des Programms berücksichtigt wurde, ist eine gute Nachricht für Stadt und Region und das Ergebnis der guten Arbeit, die an Universität und Hochschule geleistet wird.“ zeigen sich die beiden SPD-Landtagsabgeordneten erfreut.

Da die Nachfrage nach Professorinnen und Professoren im Bereich Digitalisierung aktuell bundesweit sehr hoch ist, werden an den acht beteiligten Hochschulen zunächst bis zu 40 Digitalisierungsprofessuren eingerichtet. Bis zu zehn weitere Professuren werden innerhalb der kommenden zwei Jahre in einer weiteren Antragsrunde ausgeschrieben.



Diskussion bei Niedersächsischem Richterbund

Am 18. November war Ulf Prange zu Gast beim Niedersächsischen Richterbund. Dieser veranstaltete im neuen Rathaus in Hannover eine Diskussion zum Thema „Umsetzung des Pakts für den Rechtsstaat in Niedersachsen“. In den letzten beiden Jahren hat der Landtag 110 zusätzliche Stellen für Richter*innen und Staatsanwält*innen geschaffen. "Angesichts der großen Herausforderungen, vor der unser Rechtsstaat steht, müssen wir weitere Personalverstärkungen für die Justiz auf den Weg bringen", resümiert Ulf Prange nach der Veranstaltung.



Reise nach Stuttgart

Anfang November reiste Ulf Prange mit dem justizpolitischen Arbeitskreis der SPD-Landtagsfraktion nach Stuttgart. Dort fand ein Austausch mit Vertreter*innen des Verfassungsgerichtshofs zur Landesverfassungsbeschwerde und ein Besuch des Landtages sowie der Austausch mit Landtagskolleg*innen aus Baden-Württemberg statt. Ferner besuchten die Abgeordneten das Haus des Jugendrechts in Stuttgart und das neue Prozessgebäude des Oberlandesgerichts Stuttgart für Staatsschutzverfahren.





75 MINUTEN KLARTEXT

Neues Diskussionsformat mit Oldenburger Abgeordneten

Im Rahmen der gut besuchten Auftaktveranstaltung ihrer neuen Veranstaltungsreihe „75 Minuten Klartext“, am 16. November standen die Oldenburger Abgeordneten den Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort – immer getrieben von der tickenden Uhr.

Das Ziel der neuen Dialogreihe war und ist, in knappen 75 Minuten möglichst viele Bürgerfragen zu beantworten, aber auch Anregungen und Vorschläge für die eigene politische Arbeit aufzunehmen.

Das hat bei der Premiere im Oldenburger Patentkrug schon sehr gut geklappt. Nach einem jeweils fünfminütigen Eingangsstatement zu den eigenen politischen Schwerpunkten widmete sich der Bundestagsabgeordnete Dennis Rohde den bundespolitischen Fragen, während Hanna Naber und Ulf Prange für die Landes- und Kommunalpolitik Rede und Antwort standen.



Dabei antworteten die beteiligten Abgeordneten klar und kompakt in zwei Minuten auf die bis zu einminütigen Fragen der zahlreich erschienenen Bürger, immer überwacht von

der strengen Uhr im Hintergrund, welche die Politiker aber nur selten ins Schwitzen brachte. Die Themenvielfalt reichte dabei von der Grundrente, Steuergerechtigkeit, der Förderung kommunaler Sportvereine bis hin zu Tempo 130 auf der Autobahn.



Die neue öffentliche Talk-Veranstaltung „75 Minuten Klartext“ wird künftig regelmäßig an wechselnden Orten stattfinden. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

Nächster Termin in Oldenburg:

25. Januar 2020

Baumhaus

Steding Straße, 26135 Oldenburg



ZU GAST IM LANDTAG

Landtagsfahrten im Jahr 2020

Gern informieren wir bereits jetzt über die Termine für Landtagsfahrten im Jahr 2020. Ulf Prange und Hanna Naber bieten Fahrten an am **Mittwoch, 13. Mai** sowie am **Montag, 14. September 2020**, zu denen Sie sich gern bereits jetzt anmelden können unter Tel: 0441 36117512 oder per Mail an: Wahlkreisbuero@ulf-prange.de

Zudem ist auch im kommenden Jahr eine Fahrt an einem Samstag geplant für all jene, die unter der Woche arbeiten müssen. Hierzu informieren wir Sie noch rechtzeitig.

Landtagsbesichtigungen Schulklassen

Für Schulklassen bieten wir gesonderte Termine zu Landtagsfahrten an. Gern sprechen wir mit den Klassenlehrer*innen mögliche Termine ab. Melden Sie sich bei Interesse bei uns im Wahlkreisbüro.

Landtagsbesichtigungen Vereine & Gruppen

Auch für feste Gruppen von 20 bis 50 Personen organisieren wir gern eine eigene Landtagsfahrt. Sprechen Sie uns jederzeit an.

Jobpaten im Landtag

Am 4. November besuchten Oldenburger Schülerinnen und Schüler sowie deren Jobpaten den Niedersächsischen Landtag und stellten Hanna Naber Fragen zur politischen Arbeit. Das Modellprojekt Jobpaten der Stadt Oldenburg vermittelt seit 2006 erfolgreich Schülerinnen und Schülern einen Paten, der berufliche Perspektiven aufzeigen und Beistand leisten soll. Organisiert hatte die Fahrt nach Hannover der ehemalige Landtagsabgeordnete Wolfgang Wulf, der auch stellvertretender Vorsitzender des Fördervereins für das Jobpatenprojekt ist.



Der nächste *Rote Brief* erscheint im Dezember!



facebook.com/
MdLPrange
hannanaberspd



instagram.com/
prangemdl
hanna_naber

SPD 
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

Bürogemeinschaft Naber & Prange

Huntestraße 23
26135 Oldenburg

Tel.: 0441 361175-12 / 0441 361175-13
E-Mail: wahlkreisbuero@hanna-naber.de
wahlkreisbuero@ulf-prange.de

Redaktionsschluss: 22. November 2019

Verantwortlich im Sinne des Presserechts
(ViSdP): Hanna Naber & Ulf Prange

Redaktion: Sabine Bohlen, Theis Hellmann,
Haiko Meents & Yannoh Mügge